

# Nationale Lissabon-Reformprogramme: Ideen für die österreichische Wirtschaftspolitik

Als Ergebnis des reformierten Lissabon-Prozesses liegen seit Herbst 2005 die Nationalen Reformprogramme (NRPs) aller EU-Mitgliedstaaten vor. Die vorliegende Studie zeigt zunächst Ideen für Form und Inhalt der österreichischen Wirtschaftspolitik aus ausgewählten NRPs anderer Länder auf, die die Qualität des österreichischen NRP noch weiter verbessern könnten. Anschließend wird der Frage nachgegangen, ob das NRP auch die Chancen für die tatsächliche Umsetzung dieser Qualität in konkrete Maßnahmen erhöht.

Die inhaltlichen Ideen betreffen die Bereiche Wettbewerbspolitik, Aus- und Weiterbildungssystem, Beschäftigungsförderung, Reform des öffentlichen Sektors sowie Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Form der österreichischen Wirtschaftspolitik kann in den vorausschauenden, bereichsübergreifenden, an Zielen orientierten sowie Monitoring und Evaluierung beinhaltenden wirtschaftspolitischen Strategien und Aktionsplänen anderer Länder Anregungen finden.

Die Erfolgsaussichten des NRP für die Umsetzungsverbesserung hängen davon ab, ob das NRP ein effektives Selbstverpflichtungsinstrument für wachstums- und beschäftigungsfreundliche Wirtschaftspolitik werden kann. Dies ist wohl nur unter mehreren Bedingungen möglich: Es muss wesentlich stärker in die öffentliche Wahrnehmung vordringen und seine Signalwirkung durch möglichst genaue Analysen der Wachstums- und Beschäftigungswirkung von Maßnahmen verdeutlichen. Zudem braucht es eine Instanz, die mit offiziellem Auftrag den Fortschritt der Länder bewertet und kommuniziert, wie z. B. die Europäische Kommission oder auch Forschungsinstitute.

Jürgen Janger

## 1 Einleitung

Im Jahr 2000 verständigten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) infolge der unerwartet hohen Produktivitätswachstumsraten der USA im Zeitraum von 1995 bis 2000 auf eine europäische Wachstumsstrategie. Die Lissabon-Agenda gab als Ziel vor, bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Zahlreiche Subziele wurden in mehreren Bereichen definiert (Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Aus- und Weiterbildung, Marktintegration, Umwelt, soziale Kohäsion). Die wissenschaftliche Fundierung für diese Agenda wurde erst nachträglich in Form der Wachstumsanalyse des Sapir-Berichts (2004) geliefert, wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit der Strategie selbst erscheinen zum Teil erst jetzt (z. B. Kohler, 2006). Diese Analysen kom-

men zu dem Schluss, dass die USA tatsächlich seit nunmehr über zehn Jahren das ursprünglich negative Produktivitätswachstumsdifferenzial mit der EU in ein positives umgedreht haben und somit Divergenz statt Konvergenz des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf zu beobachten ist. Die Lissabon-Strategie, im Kern eine angebotsorientierte Wachstumspolitik, ist somit gerechtfertigt, wenn ihr Fokus auf einer Steigerung von Produktivitätswachstumsraten liegt.

Die Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung bemängelte insgesamt unzureichende Fortschritte in vielen Bereichen und sah fehlende nationale Identifikation mit und Umsetzung von Lissabon-Zielen als eine der Hauptursachen (Kok, 2004). Nach dem reformierten Lissabon-Prozess sollen die Mitgliedstaaten der EU deshalb unter anderem vorausschau-

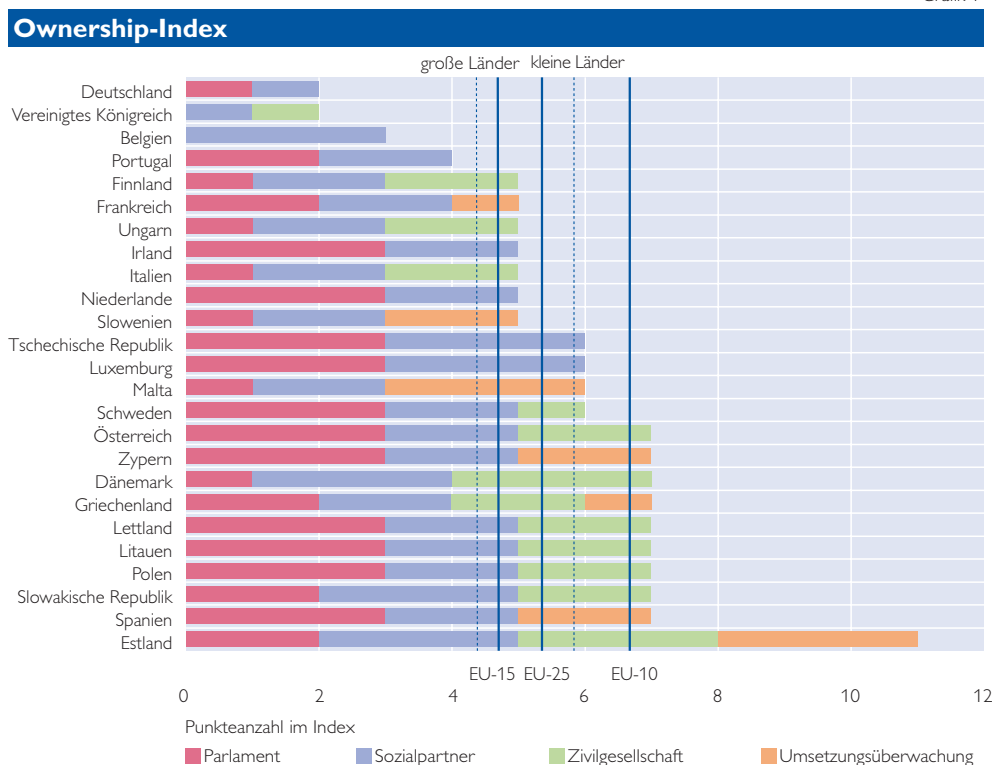
Wissenschaftliche  
Begutachtung:  
Karl Aiginger, WIFO.

ende Strategiepapiere zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung unter der Bezeichnung Nationale Reformprogramme (NRPs) erstellen, die für jeweils drei Jahre gültig sind (Farre-Capdevila, 2006; für eine umfassendere Darstellung der neuen Vorgangsweise). Damit wurde der Kritik Rechnung getragen, dass viele Länder nicht über konsistente Wachstumskonzepte verfügen. Laut Kommissionsvorschlag (Europäische Kommission, 2005a) sollten die NRPs konzise Dokumente im Umfang von etwa 30 bis 40 Seiten sein, die wesentliche landesspezifische Herausforderungen präsentieren und damit korrespondierende konkrete beschlossene oder geplante Maßnahmen skizzieren. Die Umsetzung der NRPs wird jährlich evaluiert, kleinere Anpassungen sind jährlich möglich. Die neuen Integrierten Leitlinien dienen als Orientierungshilfe für die Erstellung der NRPs: Die bisher getrennten Beschäftigungsleitlinien und wirtschaftspolitischen Leitlinien bilden nun einen drei Jahre lang gültigen Rahmen für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, der von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und vom Europäischen Rat angenommen werden muss. Die Leitlinien gliedern sich in drei große Be-

reiche – makroökonomische (z. B. Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen), mikroökonomische (z. B. Binnenmarkt, Innovation, Ausbildung, KMUs) und Beschäftigungsleitlinien.

Die Übermittlung der NRPs aller Mitgliedstaaten an die Europäische Kommission bis Herbst 2005 hat trotz sehr kurzer Frist für neuen Optimismus gesorgt. Erste Bewertungen der NRPs durch die Europäische Kommission (2006) sowie z. B. Mariusz und Bates (2006) zeugen aber von einer ausgeprägten Heterogenität der Programme. Kleine oder neue EU-Mitgliedstaaten scheinen die NRPs „ernster“ zu nehmen als große oder langjährige Mitgliedstaaten, wie aus Vergleichen der Einbindung unterschiedlicher Akteure in die Erstellung und in die Umsetzungsüberwachung der NRPs hervorgeht (Grafik 1): Für die Bewertung der Beteiligung der Parlamente wurden 0 Punkte (keine Involvierung) bis 3 Punkte (Diskussion in Plenarsitzung) vergeben, ähnlich bei den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft; für die Umsetzungsüberwachung wurden 0 Punkte (keine Überwachung) bis 3 Punkte (Überwachung auf Regierungsvorstandsebene angesiedelt) vergeben.

Grafik 1



Quelle: Pisani-Ferry und Sapir (2006).

Das österreichische NRP besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil werden sieben strategische Schwerpunkte mit einigen Maßnahmen beschrieben (Tabelle 1). Der zweite und dritte Teil stehen dazu nur in loser Verbindung, in ihnen werden Maßnahmen den 24 Leitlinien zugeordnet (Teil 2 tabellarische Kurzfassung, Teil 3 Detailfassung). Das österreichische NRP bezeichnet sich selbst als Übersicht bestehender Maßnahmen und ist damit als überwiegend rückwärts gerichtet zu charakterisieren. In ihrer Zusammenfassung des österreichischen NRP verweist die Europäische Kommission (2006) auf Stärken (Innovation und Umwelt, aktive Arbeits-

marktpolitik, Verbesserung der Lehre; insgesamt kohärente Maßnahmenpakete) und Schwächen (Wettbewerb im Dienstleistungssektor, insbesondere mangelnde Verpflichtung zur Liberalisierung der freien Berufe; Berufsausbildung Erwachsener; Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer; Kinderbetreuungseinrichtungen; Verbesserung der Lese- und Rechenfähigkeiten bei Schülern aller Ebenen; keine Strategie für lebenslanges Lernen; Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt). Insgesamt wäre ein ehrgeizigerer und langfristigerer Ansatz willkommen gewesen.

Tabelle 1

Übersicht über das österreichische NRP		
Schwerpunkt	Ziel	Maßnahme
Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen	Ausgeglichenes Budget über den Konjunkturzyklus; Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40% des BIP bis 2010; Erhöhung des Wachstumspotenzials durch verstärkte Zukunftsinvestitionen (in Forschung, Bildung und Infrastruktur)	Verwaltungsreform, Aufgabenreform
Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik	Wirtschaftswachstum; Flexicurity; Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Pensionsreform (aktives Altern); Beschäftigungsförderungsgesetz 2005
Forschung und Entwicklung, Innovation	3% F&E-Quote; Steigerung von Performance und Effizienz des Forschungs- und Innovationssystems	Forschungsmilliarde; Forschungsfreibetrag; Bündelung der Förderungsstrukturen
Infrastruktur (inklusive Breitband)	Hauptaugenmerk: Auf- und Ausbau der Verkehrsverbindungen in Zentral- und Osteuropa; Brenner-Basistunnel; Breitbandinfrastruktur	Infrastrukturoffensive Mai 2005: 300 Mio EUR Gesamtausgaben 2000 bis 2014 40 Mrd EUR für Straße und Schiene
Standortsicherung und Mittelstandsoffensive	Erleichterung von Betriebsgründung, -ansiedelung; Erhalt und Ausbau von Unternehmenszentralen; Verbesserungen in der Unternehmensfinanzierung	Regionale Beschäftigungs- und Wachstums-offensive 2005; Verfahrensoffensive; Steuerreform 2004; Entrepreneurship-Initiative; Gründungsoffensive; Better Regulation
Bildung und Weiterbildung	Verbesserung der Qualität und Quantität der Aus- und Weiterbildung	Arbeitspapier Lebensbegleitendes Lernen; Modularisierung der Berufsausbildung (2006); Lehrlingsoffensive; Universitätsgesetz 2002
Umwelttechnologien und effizientes Ressourcenmanagement	Forcierung erneuerbarer Energien, Steigerung der Energieeffizienz; Nutzung von Umwelttechnologien für das Wachstum	Umsetzung des Environmental Technology Action Plan (ETAP – Datenbank für Umwelttechnologien, Vergabe von Pilotprojekten zur Einrichtung von Technologieplattformen etc.); Erarbeitung eines Aktionsplans zur Steigerung der Ressourceneffizienz (2006); Handel mit Emissionszertifikaten (2005)

Quelle: NRP Österreich.

Die Verfügbarkeit aller Programme im Internet<sup>1</sup> ermöglicht den ersten Teil der vorliegenden Studie: Eine Zusammenschau wirtschaftspolitischer Maßnahmen und Prozesse aus anderen Ländern, die es in Österreich noch nicht gibt oder in Diskussion befindlich sind und zur Qualitätsverbesserung des NRP beitragen können.

Der zweite Teil versucht mit Erkenntnissen der Literatur zur politischen Ökonomie von Reformen die Erfolgsaussichten des NRP für die tatsächliche Umsetzung der beschriebenen Vorschläge (und folgender Erweiterungen, z. B. um Ideen anderer Länder oder um die Aussagen des im

Herbst erscheinenden WIFO-Weißbuchs) in konkrete Maßnahmen zu bewerten: Wird es tatsächlich zu Wachstum und Beschäftigung beitragen oder ähnlich dem Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung im Wesentlichen ein zusätzlicher Bericht an die Europäische Kommission bleiben?

## 2 Was kann Österreich von anderen NRPs lernen?

Gegenseitiges Lernen und die Verbreitung von Best-Practice-Modellen sind ein explizites Ziel der NRPs (Europäische Kommission, 2005a). Die folgende Auswahl an Ideen für die österreichische Wirtschaftspolitik

<sup>1</sup> [http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/nrp\\_2005\\_en.pdf](http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/nrp_2005_en.pdf)

beruht ausschließlich auf einer Auswertung der NRPs Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Schwedens, Finnlands, Dänemarks, der Niederlande, eingeschränkt Estlands sowie Irlands. Sie behandelt weder die tatsächliche Wirtschaftspolitik noch evaluiert sie Maßnahmen. Es geht daher um eine Ideensammlung, um ein Brainstorming als Impulsgeber für Form und Inhalt der österreichischen Wirtschaftspolitik. Die Länder wurden unter unterschiedlichen Gesichtspunkten ausgewählt – Wachstums- oder Beschäftigungsstärke (alle bis auf Deutschland), Institutionenkompatibilität zu Österreich (Deutschland), Problemähnlichkeit (z. B. Dänemark – Forschung, Ausbildung) oder Qualität des NRP (z. B. Finnland, Dänemark).

Internationale Vergleiche verfolgen nach Ochel (2004) den Zweck, entweder Schwächen gegenüber vergleichbaren Ländern zu beobachten und daraus Druck auf die Entscheidungsträger aufzubauen, ihre Politik zu rechtfertigen; oder Problemlösungen von anderen Ländern als Basis für die eigene Wirtschaftspolitik zu übernehmen. Aufgrund der fehlenden Evaluierungskomponente kann die vorliegende Studie nur den zweiten Zweck der Ideengebung für Problemlösungen erfüllen. Im Rahmen dieser Studie kann nur ein kleiner Ausschnitt aus den vielfältigen und umfangreichen NRPs der anderen EU-Staaten präsentiert werden.

## **2.1 Ideen für wirtschaftspolitische Maßnahmen**

### **2.1.1 Pro-aktive und investigative Wettbewerbspolitik**

In ihrem Vergleich der NRPs bemängelt die Europäische Kommission (2005b, 2006) fehlende Schwerpunktsetzung vieler Programme in

der Wettbewerbspolitik. Eine Ausnahme bildet Dänemark, das auf eine pro-aktive, auf ökonomischer Analyse beruhende Wettbewerbspolitik setzt. Ziel ist es, bis 2010 die Anzahl der Sektoren mit geringer Wettbewerbsintensität von 64 im Jahr 2001 auf 32 zu halbieren und das Einzelhandelsnettopreisniveau auf den EU-Durchschnitt zu senken.

Die dänische Wettbewerbsbehörde identifiziert diese Sektoren in vorausschauenden Berichten, die mit einem eigens entwickelten ökonomischen Analyseraster und mit Ländervergleichen arbeiten. Der Analysevorgang setzt sich aus drei Schritten zusammen. Zunächst wird über die Relevanz des Sektors anhand von Größenindikatoren entschieden (Umsatz, Beschäftigung). Dann folgt ein rein quantitativer Durchgang. Eine Reihe unterschiedlicher Indikatoren (Tabelle 2) wird gewichtet und zusammengezählt. Wichtig ist das Gesamtbild, das die Indikatoren vermitteln: Nur eine hohe Konzentration lässt nicht auf Wettbewerbsprobleme schließen. Wenn in einem solchen Sektor aber zusätzlich niedrige Marktanteilsbewegungen, hohe Rentabilität, überdurchschnittliche Löhne sowie unterdurchschnittliche Gründungsraten zu verzeichnen sind, ist die Wettbewerbsintensität wohl begrenzt. Liegt die Gesamtpunktzahl über einer gewissen Summe, kommt es zu einer zusätzlichen Einschätzung durch die Wettbewerbsbehörde, die bisherige Wettbewerbsfälle in diesem Sektor näher analysiert und auch mit anderen Ländern sowie der Europäischen Kommission vergleicht.

Auch Estland und das Vereinigte Königreich setzen auf eine aktive Wettbewerbspolitik. Letzteres ließ 2004 die Regulierung der Rechts-

Tabelle 2

Wettbewerbsindikatoren zur Identifizierung von Sektoren mit geringer Wettbewerbsintensität		
	Kriterium	Punkteanzahl für Gewichtung
Öffentliche Regulierung	Wettbewerb durch Regulierung eingeschränkt, Ja = 1, Nein = 0	3
Konzentration	Umsatzanteil der vier größten Unternehmen (Konzentrationsrate 4) >80%	2
Importe berücksichtigende Konzentration	Importe berücksichtigende Konzentrationsrate 4 >50%	1
Gründungsrate	Jährliche Gründungsrate unter 3% in der Sachgüterindustrie, unter 8% bei Dienstleistungen	2
Marktanteilmobilität	Weniger als 10% p. a.	2
Produktivitätsschwankungsbreite	Produktivitätsschwankungsbreite 25% über der durchschnittlichen Breite	2
Lohnniveau	Lohnniveau 15% über dem Niveau der dänischen Möbelindustrie	1
Rendite	Rendite 50% über dem Durchschnitt der dänischen Sektoren	2
Preisniveau	Preisindex drei Prozentpunkte über dem Durchschnitt von neun ausgewählten EU-Mitgliedstaaten	3
Einschätzung durch Wettbewerbsbehörde	Spezifische Einschätzung	x

Quelle: NRP Dänemark.

dienstleistungen mit dem Ziel überprüfen, Wettbewerb und Innovation unter Wahrung öffentlicher Interessen und Konsumentenschutz zu steigern (Clementi-Bericht, 2004).

### 2.1.2 Aus- und Weiterbildung

Der Bereich Aus- und Weiterbildung von der primären bis zur tertiären Ebene bildet einen zentralen Teil vieler NRPs, die sich meist an den Zielen der Europäischen Ausbildungsstrategie bis 2010 orientieren (Europäische Kommission, 2005c):

- Steigerung der Absolventen naturwissenschaftlich-technischer Fachrichtungen um 15% (bzw. jährliches Wachstum von 1,6%), Beseitigung des Ungleichgewichts zwischen Frauen und Männern (Österreich: Wachstum 3,3% 2000 bis 2002, Anteil der Frauen an allen Absolventen 2002: 21,4%; EU-25: 30,5%);
- Reduktion der Anzahl der 18- bis 24-Jährigen mit nur unterer

Sekundarausbildung auf 10% (Österreich 2004: 9,2%);

- 85% der 22-Jährigen sollen obere Sekundarausbildung abgeschlossen haben (Österreich 2004: 85,3%);
- 12,5-prozentige Beteiligung Erwachsener an Lebenslangem Lernen (Österreich 2004: 12%);
- Reduktion des Anteils 15-Jähriger mit niedrigsten Schreib- und Lesefähigkeiten auf 15,5% (Österreich 2000 bis 2003: Anstieg von 14,6% auf 20,7%).

Im österreichischen NRP fehlt die Nennung dieser Ziele, Aus- und Weiterbildung konzentrieren sich stark auf die Lehre und weniger auf Schulen.

In der Hochschulausbildung gibt es quer durch alle untersuchten NRPs eindeutige Tendenzen: Mit unterschiedlichen Maßnahmen soll die *Qualität der Spitzenforschung* und der *Doktoratsstudien* sowie die *Quantität der Absolventen* (allgemein und in na-

turwissenschaftlich-technischen Fächern) gesteigert werden.

Deutschland plant und setzt die Exzellenzinitiative um, eine Strategie zur Steigerung der Spitzenforschung durch den Aufbau von Graduiertenschulen (strukturierte Doktoratsstudien), Exzellenzzentren und Exzellenz-Cluster an bestehenden Universitäten und Forschungsinstituten. Diese Initiative wurde auch von der Europäischen Kommission (2006) als Beispiel genannt. Bis 2010 soll die Eintrittsrate in tertiäre Ausbildung auf 40% gesteigert werden, unter anderem über eine Öffnung der Hochschulen für Lehrabschlüsse und eine generelle Erleichterung des Übergangs zwischen Lehre, Lebenslangem Lernen und Hochschulausbildung.

Finnland plant die Einführung von Auswahl- und Bewerbungsverfahren für Studienanfänger, um das Durchschnittsalter von Studienanfängern (21) und Absolventen (27) um ein Jahr zu senken. Kredite zur Finanzierung des Hochschulbesuchs sollen steuerlich absetzbar und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen über ein Netzwerk von Graduiertenschulen gesteigert werden.

Schweden will Spitzenforschungsinstitute einrichten, höhere Investitionen in postgraduale Ausbildung tätigen und die Zahl der tertiär Gebildeten erhöhen. Die Ausweitung der universitären Bildung ist in Schweden Aufgabe der Universitäten und wird seitens der Regierung evaluiert. Ein Schwerpunkt liegt auf der Einbeziehung von bildungsfernen Schichten und Migranten in den potenziellen Studienanfängerpool. Mehr Stipendien an 40- bis 55-Jährige zur Absolvierung eines Universitätsstudiums sollen vergeben, die Stipendiumssumme für Studenten mit Kindern erhöht werden.

Die Niederlande wollen die Qualität der Doktoratsstudien verbessern, Exzellenzzentren an Hochschulen aufbauen, bessere Karriereperspektiven für Forscher schaffen und die europäischen Wachstumsziele für die Anzahl der tertiär Gebildeten erreichen. Ausländische talentierte Studenten und Forscher sollen durch vereinfachte behördliche Verfahren, erhöhte Stipendien und eine Ausweitung niederländischer Anlaufstellen im Ausland vermehrt ins Land kommen.

In der Primär- und Sekundärbildung gibt es ebenfalls viele Vorschläge, Quantität und Qualität zu steigern, insbesondere über die Einführung landesweiter Standards und Evaluierungsverfahren. Zusätzlich legen einige Länder einen Schwerpunkt auf die bessere Integration von Migranten in das Schulsystem.

Insbesondere Dänemark ist für Österreich interessant, da es ähnliche Probleme aufweist: sehr hohe Ausgaben für das Bildungssystem, aber nur durchschnittliche Resultate in internationalen Schulvergleichsstudien. In Antwort darauf plant Dänemark das „Reformprogramm für die obere Sekundarstufe“: eine Verbesserung der Lehre von und der Lehrerausbildung in Mathematik und Naturwissenschaften, einen nationalen Aktionsplan Lesen, eine Reduktion der Unterrichtsgegenstände (langfristiges Ziel – ein Gegenstand pro Unterrichtsperson); Einführung von Evaluierungsabläufen zur allgemeinen Qualitätssteigerung. Ziel des Programms ist eine Erhöhung des Anteils der 18- bis 24-Jährigen mit oberem Sekundarabschluss von jetzt 78% auf 95% bis 2015 als Basis für Lebenslanges Lernen und die Steigerung des Anteils der tertiär Gebildeten von 42% auf 50%.

Speziell für junge Migrantenkinder mit hoher Schulabbrecherquote ist das Programm „A new chance for everyone“ gedacht: Es sieht einen garantierten Ausbildungsplatz für alle Jugendlichen vor, verpflichtet jedoch gleichzeitig junge Sozialhilfeempfänger (18 bis 25 Jahre) ohne Berufsausbildung, einen Ausbildungsplatz anzunehmen. Eine Nichtannahme würde zum Verlust der Sozialhilfe führen. Zudem wird Kinderbeihilfe an die Eltern 15- bis 17-Jähriger nur dann ausbezahlt, wenn sich die Jugendlichen in Ausbildung oder an einem Arbeitsplatz mit einer Ausbildungskomponente befinden. Dieses Wechselspiel aus staatlicher Garantie und Verpflichtung ist typisch für den generellen Politikansatz Dänemarks, etwa in der Arbeitsmarktpolitik.

Deutschland will die Ganztagschule einführen, um eine neue Lehr- und Lernkultur zu begünstigen, Qualität zu steigern und die Auswirkung der sozialen Herkunft auf den Schulerfolg zu reduzieren. Zudem sind die Einführung von Standards auch in der Vorschulbildung, verpflichtende Lehrerweiterbildung und Schulevaluierung geplant. Migrantenkinder sollen ein besonderes Sprachtraining sowie frühe Diagnose- und Förderkurse zugute kommen.

Finnland möchte schon in der frühkindlichen Entwicklung vermehrt Kreativität fördern, weil die Basis für innovatives Denken sehr früh gelegt werde (Produktivitätswachstum beruhe letztendlich auf Kreativität).

Schweden führt neben einer breiten Qualitätssteigerungsagenda mit der Einführung landesweiter Standards einen individuellen Entwicklungsplan für jeden Schüler ab dem Jahr 2006 ein. Dieser Plan sieht für den jeweiligen Schüler die notwen-

digen Schritte zur Erreichung der nationalen Ziele vor. In Schweden gibt es auch individuelle Schulprogramme, die z. B. die Absolvierung einiger Unterrichtsgegenstände an einer Schule gleichzeitig zur Berufsausbildung in Form einer Lehre ermöglichen.

Im Bereich des lebenslangen Lernens gibt es in allen NRPs Vorschläge für eine Steigerung der Beteiligung erwachsener Beschäftigter und für eine Finanzierung des kontinuierlichen Lernens.

Die deutsche Bundesregierung will im Rahmen ihrer Strategie für lebenslanges Lernen die Tarifparteien dazu ermuntern, individuelle Bildungszeitkonten zu vereinbaren und diese durch eine Insolvenzversicherung begleiten. Bundeseinheitliche Rahmenbedingungen sollen eine Weiterbildung mit System etablieren. Qualitätssicherung und Bildungsberatungen sollen die Transparenz der Bildungsangebote erhöhen und die Partizipation aller Gruppen an der Weiterbildung ermöglichen.

Irland verfolgt den unternehmensbasierten Netzwerkansatz „skillnets“ ([www.skillnets.com](http://www.skillnets.com); von der Europäischen Kommission als Beispiel genannt): Kleine und mittlere Unternehmen schließen sich über ähnlichen Bildungsbedarf zu Weiterbildungsnetzwerken zusammen und bestimmen selbst über die Inhalte der Bildungsprogramme. Das Programm „skillnets“ unterstützt und finanziert die Organisation des Netzwerks, unter anderem über die Bereitstellung von Managementfachkräften. Über die Größenvorteile beim gemeinsamen Einkauf der Ausbildungsleistungen können Kosten gespart werden; die Netzwerkbildung nach Bedarf maximiert die Bildungsrelevanz und kann zusätzliche Externalitäten



erzeugen (z. B. Wissens-Spillovers wie in Clustern).

### 2.1.3 Beschäftigung

Nahezu alle NRPs wollen die Beschäftigung durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern. Die Beschäftigungsstrategie der EU (Europäische Kommission, 2005d) sieht die Zielerreichung von 70% für die allgemeine Beschäftigungsquote, von 60% für Frauen und von 50% für ältere Arbeitnehmer bis 2010 vor. Weiters sollen für 90% der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter sowie für 33% der Kinder, die unter drei Jahre alt sind, Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Deutschland strebt eine Verdoppelung der Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren an, um von einer Betreuungsquote von unter 10% auf knapp 20% zu gelangen. Mehrere Allianzen (Allianz für Familie, lokale Bündnisse für Familien) zwischen Unternehmen, Gewerkschaften, Verwaltungen, Vereinen und Verbänden etc. wurden gegründet, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konkret zu verbessern, z. B. durch bessere Abstimmung von Öffnungszeiten der Kindertagesstätten an Arbeitszeiten oder Hilfen beim Wiedereinstieg in den Beruf. Der Unternehmenswettbewerb „Erfolgsfaktor Familie 2005“ ([www.erfolgsfaktor-familie.de](http://www.erfolgsfaktor-familie.de)), das Internetportal „Mittelstand und Familie“ ([www.mittelstand-und-familie.de](http://www.mittelstand-und-familie.de)) sowie das Projekt „Work-Life-Balance – Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität“ sollen Best-Practice-Beispiele kommunizieren und Problembewusstsein schaffen.

Da akademisch ausgebildete Frauen besonders niedrige Fertilitäts-

raten aufweisen und um die Erwerbstätigkeit Hochqualifizierter zu unterstützen, werden Elternteile, die ihre Erwerbstätigkeit für die Kinderbetreuung unterbrechen, für ein Jahr 67% ihres vorherigen Nettoeinkommens erhalten (max. 1.800 EUR/Monat).

Das Vereinigte Königreich strebt mittels einer Zehn-Jahres-Kinderbetreuungsstrategie universelle, qualitativ hochwertige, aber leistbare Kinderbetreuung für alle 3- bis 14-Jährigen an.

Schweden will die numerischen Ziele der EU für Kinderbetreuung bis 2010 erfüllen, in Dänemark arbeitet eine „Familie und Beruf-Kommission“ Vorschläge aus.

### 2.1.4 Reform des öffentlichen Sektors

Alle untersuchten NRPs beinhalten Verwaltungsreformen mit dem Ziel der Steigerung von Effizienz und Effektivität der öffentlichen Verwaltung, aber auch der verstärkten Ausrichtung der öffentlichen Finanzen auf wachstumsfördernde Bereiche.

Das Vereinigte Königreich verfolgt einen stark zielorientierten Ansatz, indem es Leistungs- bzw. Budgetvereinbarungen für drei Jahre und Effizienzziele nach Output-Indikatoren für jede Verwaltungsabteilung vorgibt: Jedes Jahr ist die Effizienz um mindestens 2,5% zu erhöhen. Eingesparte finanzielle oder personelle Ressourcen werden nicht ersatzlos gestrichen, sondern zu öffentlichen Dienstleistungen mit erhöhter Nachfrage (*frontline services*) umgeschichtet. Die Umsetzung dieser Reorganisationen wird durch ein bereichsübergreifendes „Effizienzteam“ unterstützt. Zusätzlich wird die Effizienz des öffentlichen Sektors durch unabhängige Experten evaluiert (Gershon, 2004).

Finnland führt einen Produktivitätsaktionsplan für den öffentlichen Sektor durch. Jedes Ministerium erstellt einen Produktivitätssteigerungsplan für seinen Verwaltungsbereich. Ziel ist, nur jede zweite Stelle, die durch natürlichen Abgang frei wird, nachzubesetzen. Dies entspricht einer Produktivitätssteigerung um 2% jährlich oder der Arbeitsleistung von 17.500 Personen (knapp 15% der Beschäftigung im öffentlichen Sektor). Bis 2011 werden 35.000 Personen den öffentlichen Sektor auf natürliche Weise verlassen (aufgrund von Pensionierung oder Wechsel in den privaten Sektor). Dies soll für organisatorische und strategische Veränderungen genutzt werden. Verwaltungsabteilungen und Agenturen sollen vermehrt entweder in nicht eingetragene staatliche Unternehmen oder in private Firmen umgewandelt werden. Für Querschnittsdienstleistungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung, wie z. B. Finanzierung und Personalwesen, werden Dienstleistungszentren geschaffen, die die diesbezügliche Produktivität um 40% bis 2009 steigern sollen. Die frei werdenden Ressourcen werden anderweitig eingesetzt.

Dänemark plant die Zusammenlegung von Jurisdiktionen und einigen Verwaltungen, um die Effizienz zu erhöhen. Ähnlich wie in Finnland sollen Dienstleistungszentren innerhalb der Verwaltung für mehr Qualität und die Konzentration von Kompetenz sorgen (z. B. Buchhaltung, Finanzmanagement). Private Public Partnerships sollen überall forciert werden.

Deutschland will das öffentliche Dienstrecht zu mehr Leistungsorientierung und Flexibilisierung des Laufbahnsystems modernisieren, auch um den Personalaustausch zwischen Pri-

vatwirtschaft und Verwaltung zu erleichtern und so zu einer engeren Verzahnung der beiden Sektoren beizutragen.

#### 2.1.5 Kleine und mittlere Unternehmen, Unternehmensgründungen

Vorschläge zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMUs) sowie für vermehrte Unternehmensgründungen sind vielschichtig; Gemeinsamkeiten gibt es beim verstärkten Fokus auf schnell wachsende KMUs (Gazellen), der Erhöhung der Anzahl weiblicher Unternehmer und Risikokapital.

Das Vereinigte Königreich will die relativ geringe Anzahl weiblicher Unternehmensgründerinnen mit einem eigenen Aktionsplan erhöhen; Zwischenziel ist ein Anteil von 20% an allen Unternehmensgründern bis 2006. Maßnahmen sehen Kinderbetreuung, Frauennetzwerke, Frauenausbildung etc. vor. Die Maßnahmen werden regelmäßig evaluiert. Das Zentrum für weibliche Unternehmer an der Universität Luton betreibt Forschung und bietet Hilfestellung und Beratungsleistungen an. Weiters wird ein Maßnahmenpaket für Beratungsleistungen für schnell wachsende, kleine Unternehmen entwickelt, die unter anderem auf die besonderen Schwierigkeiten dieser Unternehmen bei Finanzierung, Markterschließung, Innovation und Mitarbeiterweiterbildung eingehen.

Finnland führte schon 2005 Schutzregelungen gegen Arbeitslosigkeit für Unternehmer ein, um Unternehmensgründungsbarrieren weiter abzubauen. Schnell wachsende Unternehmen sollen durch eine adäquate Risikokapital-, F&E- (Forschung und Entwicklung) und Exportpolitik unterstützt werden. Ein weiterer Schwer-

punkt liegt auf Frauen als Unternehmer.

Mit Maßnahmen, wie der bundesweiten Agentur für Gründerinnen, soll das berufliche und unternehmerische Potenzial von Frauen in Deutschland gezielter gefördert werden. Zudem sollen die Dauer und die Kosten der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gesenkt werden.

Dänemark führt ein Benchmarking der Unternehmensgründungsraten und der Anzahl der Wachstumsunternehmer sowie der Qualität der Rahmenbedingungen ein, es wird besondere Steuererleichterungen für Wachstumsunternehmer geben.

## 2.2 Ideen für die wirtschaftspolitische Ablaufgestaltung

Neben zahlreichen Ideen geben die NRPs auch Einblick in die Art und Weise, wie andere europäische Länder wirtschaftspolitische Maßnahmen planen und umsetzen.

### 2.2.1 Vorausschauende, bereichsübergreifende wirtschaftspolitische Umsetzungsprogramme

Finnland erstellt jährlich das so genannte „Government Strategy Document“, das detaillierte Umsetzungsmaßnahmen enthält, die das Regierungsprogramm konkret fassen und in Jahrespläne unterteilen. Zudem werden in Finnland bereichsübergreifende „Policy Programmes“ mit Themenschwerpunkten und verpflichtender Evaluierung erstellt.<sup>2</sup> Beispiele der jüngsten Zeit betreffen Querschnittsthemen, wie Beschäftigung, unternehmerisches Handeln sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Diese Pro-

gramme zielen auf einen effektiven Ressourceneinsatz, hohe Konsistenz der Maßnahmen und die Nutzung von Synergien zwischen Bereichen und sollen so einzelministeriellen Initiativen überlegen sein.

Auch in Estland wird das NRP als Basis für detailliertere jährliche „Arbeitspläne“ herangezogen.

### 2.2.2 Stärken-Schwächen-Analyse und Prioritätensetzung

Wenige NRPs setzen ihrer Maßnahmenliste eine Stärken-Schwächen-Analyse der jeweiligen Volkswirtschaft voran, aus der sich eine entsprechende Prioritätensetzung und zeitliche Maßnahmenabfolge (*policy sequencing*) ableiten ließe. Dies liegt zum Teil auch an einer fehlenden grundsätzlichen Methodologieharmonisierung der NRP (Pisani-Ferry und Sapir, 2006). Finnland und Dänemark bestimmen ihre mittelfristigen Herausforderungen und setzen danach Prioritäten mit numerischen Zielen.

In keinem NRP gibt es Überlegungen zur zeitlichen Abfolge der Maßnahmen nach ihrer Auswirkung auf das Budget bzw. auf das Wachstum und die Beschäftigung. Die Beantwortung der Frage, mit welcher Zeitverzögerung eine Maßnahme in welcher Dimension auf das BIP-Wachstum oder die Beschäftigung wirkt, würde aber sicherlich zu den Erfolgsaussichten und der Konsistenz eines NRP nicht nur mit anderen Berichten, wie z. B. dem Stabilitäts- und Konvergenzprogramm, sondern auch mit der realen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Eine neue Studie über die Wirkung der Lissabon-Ziele (Gelauff und Lejour, 2006) kommt

<sup>2</sup> Für mehr Information siehe <http://www.government.fi/toiminta/hallitusohjelma-seuranta/strategia-asiakirja/en.jsp>

z. B. zum Ergebnis, dass die Erreichung der F&E-Ziele und der Beschäftigungsziele eine große Wachstumswirkung entfalten, während sich Regulierungsreformen und die Binnenmarktintegration im Vergleich geringer auswirken. Humankapitalziele wirken erst mit relativ großer Zeitverzögerung.

### 2.2.3 Numerische Ziele und Indikatoren zur Erfolgsevaluierung

Viele Staaten gehen über die in der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele hinaus und verwenden numerische Ziele bzw. Indikatoren in ihren NRPs. Für die Zielsetzung ist es hilfreich, den Politikspielraum bzw. die Hebelwirkung in der Zielbeeinflussung zu ermitteln, um realistische Ziele setzen zu können. Gesetzte Ziele ermöglichen dann die Steuerung und Evaluierung von Maßnahmen, sie sorgen auch für Transparenz – wohin will die Wirtschaftspolitik, was macht sie für diese Ziele, was machen andere für ähnliche Ziele etc. Eine zielbasierte Vorgangsweise wird nunmehr auch vom Europäischen Parlament eingefordert (stärkere Selbstverpflichtung der Staaten auf Ziele bis 2007).

Estland verwendet weiterhin die Strukturindikatoren von Eurostat, um Fortschritt und Effektivität der gesetzten Maßnahmen zu beurteilen. Auf europäischer Ebene wurde die Niveau- und Fortschrittsvergleichstabelle der Mitgliedstaaten mit der Reform des Lissabon-Prozesses entfernt. Ein Vergleich über alle Indikatoren ist meist nur bedingt sinnvoll, da die Mitgliedstaaten unterschiedliche Stärken und Schwächen aufweisen und Prioritäten deshalb stark divergieren können. Ein Benchmarking, das diese nationalen Charakteristika berücksichtigt, wäre aber trotzdem

notwendig (siehe Kritik von Pisani-Ferry und Sapir, 2006).

Die Niederlande setzen sich viele Ziele für spezifische Politikfelder, z. B. in der Innovationspolitik: EU-Top-5 bis 2010 in den F&E-Ausgaben der Unternehmen, beim Umsatzanteil neuer Produkte, bei Patenten pro Million Einwohner und auch beim Anteil der naturwissenschaftlich-technischen Absolventen an der Gesamtbeschäftigung. In der KMU-Politik wollen sie den Unternehmeranteil an der Beschäftigung auf mindestens 10 % steigern und den Durchschnitt der EU-25 um mindestens 0,5 Prozentpunkte übertreffen. Der Umsatz technologieorientierter Jungunternehmen (*technostarters*) soll sich von 2003 bis 2010 auf 2,6 Mrd EUR verdoppeln.

### 2.2.4 Transparenz und Kommunikation der NRPs

Schließlich lassen sich Informationen bezüglich der Transparenz der Politikgestaltung und der Kommunikation des NRP an die Bevölkerung gewinnen. So erstellte Schweden das NRP gemeinsam mit den Bundesländern, es wird um lokale und regionale Wachstumsprogramme ergänzt, die auch für Kohärenz der Maßnahmen sorgen sollen. Das NRP wurde in Seminaren mit Vertretern der Zivilgesellschaft, Sozialpartnern etc. kommuniziert, an die die Einladung zur Prioritätensetzung und Vorschlagseinreichung erging.

## 2.3 Zusammenfassung: Ideen für Österreich

Zusammenfassend ergeben sich für Österreich Ideen in folgenden Bereichen: Eine vorausschauende, investigative Wettbewerbspolitik könnte aktiv Sektoren mit Wettbewerbsproblemen bestimmen und Verände-

rungen vorschlagen.<sup>3</sup> Das Aus- und Weiterbildungssystem könnte von zahlreichen Initiativen zur Verbesserung der Quantität und der Qualität profitieren (im Hochschulfeld z. B. Spitzenforschung, Graduiertenschulen und allgemeine Steigerung der Beteiligung an der Hochschulbildung). In vielen Ländern werden spezifische Programme zur Förderung benachteiligter Gruppen, wie etwa Migrantenkindern, entwickelt. In der Beschäftigungsförderung gehen alle Länder unisono den Weg der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über qualitativ und quantitativ verbesserte Kinderbetreuung, lokale Bündnisse zwischen Unternehmen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Anpassungen der Familienförderung usw. Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen orientieren sich stark an den entsprechenden europäischen Strategien. In der Reform des öffentlichen Sektors liegt der Fokus auf der Umstellung auf output-basierte Systeme, die zu mehr Effizienz und über die Konzentration auf wachstumsförderliche Ausgaben auch zu mehr Effektivität beitragen sollen. Die Förderung der KMUs verlagert sich zunehmend auf schnell wachsende Unternehmen, denen spezifische Beratungsleistungen und verbesserte Finanzierungsbedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Für die Ablaufgestaltung der österreichischen Wirtschaftspolitik lassen sich Ideen aus den Strategien und Aktionsplänen anderer Länder gewinnen: Diese versuchen, mittels eines vorausschauenden und bereichsübergreifenden Ansatzes, vorher definierte Ziele zu erreichen. Die Ziel-

definition beruht auf einer Stärken-Schwächen-Analyse, die zu einer Prioritätensetzung führt. Die zu setzenden Maßnahmen werden in detaillierten Umsetzungsplänen beschrieben, die Umsetzung selbst wird laufend beobachtet. Der Erfolg der Maßnahmen bei der Zielerreichung wird evaluiert. Auch für die Transparenz der Erstellung und die Kommunikation des NRP selbst gibt es Anregungen, z. B. in Form von Seminaren mit Teilnehmern der Zivilgesellschaft.

In einem Teilbereich der österreichischen Wirtschaftspolitik wurde ein ähnlicher Ansatz, wie in Abschnitt 2.2 beschrieben, mit Erfolg zumindest teilweise verwirklicht: Die Bundesregierung hat das Ziel für die Forschungsquote von zunächst 2,5% auf 3% (ausgehend von 1,9%) vorgegeben; ein zentrales Beratungsgremium, der Rat für Forschung und technologische Entwicklung, wirkt steuernd und koordinierend und erstellt mittelfristige Strategien. Die Anzahl der Förderungsabwickler wurde nunmehr durch die Einsetzung der Forschungsförderungsgesellschaft und dem Fonds für die Förderung wissenschaftlicher Forschung stark reduziert; ein jährliches Monitoring besteht mit dem Forschungs- und Technologiebericht, Projekte und Institutionen werden evaluiert (z. B. Evaluierung der Forschungsförderungsfonds FWF und FFF). Ein Netzwerk (unabhängiger) Forschungs- und Beratungsinstitute (WIFO, Joanneum, ARCS, Technopolis, IWI etc.) erarbeitet ständig Analysen und Maßnahmenprogramme.

<sup>3</sup> Im Prinzip steht das schon im Auftrag der Bundeswettbewerbsbehörde. Allerdings lässt sich dieser bei nur 17 Fachbeschäftigten, im Vergleich mit 68 in Dänemark, nur schwer durchführen (BWB, 2005).

Auch der neue IKT-Masterplan der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (2005) ist beispielhaft für die Konzeption von Wirtschaftspolitik. Eine detaillierte Stärken-Schwächen-Analyse, Zieldefinitionen, Vorschläge für die Umsetzung und zeitliche Abfolge der Maßnahmen, z. B. über eine zentrale IKT-Koordinierungsstelle, die in anderen Ländern zum Erfolg geführt hat, werden immer im Vergleich mit internationaler Best Practice geschildert. Der Masterplan harrt allerdings noch seiner politischen Umsetzung. Eine ähnliche Herangehensweise könnte auch für andere Bereiche überlegt werden (z. B. Wettbewerbspolitik, Aus- und Weiterbildung etc.).

### **3 NRPs: gelebte Wachstumsstrategie oder Maßnahmenbericht? Zur politischen Ökonomie von Reformen**

Die politische Ökonomie von Reformen beschäftigt sich mit den Fragen, warum Reformen überhaupt stattfinden, warum Reformen trotz langfristig positiver Wirkungen nicht umgesetzt werden, wie sich unterschiedliche politische Systeme auf Reformen auswirken usw. Für eine Übersicht siehe Rodrik (1996). Die Fragestellung stammt hauptsächlich aus der Entwicklungs- und Übergangsökonomie und analysiert erst seit kurzem Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD); z. B. IWF (2004). Trotz zahlreicher theoretischer und empirischer Studien gibt es keine vollständig robusten empirischen Verallgemeinerungen (Williamson, 1994; Castanheira et al., 2004). So beobachtet Rodrik (1996, S. 32) „most economists are on the side of speed, stealth, and conse-

quently reform from above“, während Munchau (2006a, S. 13) schreibt: „In the absence of a perceptible strategy, why should voters accept reforms that bring certain sacrifices in the short run and only vague benefits at some distant time in the future?“ Die Beurteilung von Veränderungsprozessen und die Bewertung der Erfolgsaussichten von Veränderungsinstrumenten wie dem NRP können nur landes- und situationsspezifisch erfolgen, unter Bedachtnahme auf das herrschende Wahlrecht, die wirtschaftliche Situation und Struktur etc.

Das Nationale Reformprogramm ist im Wesentlichen ein Instrument zur Selbstverpflichtung der Mitgliedsstaaten auf eine konsistente Wachstumsstrategie, entsprechend der Forderung des Kok-Berichts (2004) nach verstärkten Bemühungen auf nationaler Ebene. Ist Österreichs NRP ein effektives Selbstverpflichtungsinstrument für wachstums- und beschäftigungsfreundliche Wirtschaftspolitik? Steigert es die Umsetzungschancen der im NRP beschriebenen Maßnahmenvorschläge, fördert es die Integration von Konzepten anderer Länder? Kann es zur Überwindung von Partikularinteressen und Unsicherheit beitragen, kann es als Reformauslöser wirken, ist es als Koordinierungsplan für die Maßnahmenabfolge der nächsten Jahre geeignet?

Die NRPs spiegeln einerseits einen graduellen Ansatz, also Wirtschaftspolitik in Gestalt schrittweiser, aufeinander folgender Änderungen wider. Die NRPs sollen unter Einbeziehung möglichst vieler Interessenvertreter erstellt werden, wie z. B. der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. Sie sind somit partizipativ und verfolgen keine „schnelle Reform von oben“.

Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik in Österreich besteht nicht in einem fundamentalen Neubeginn oder in der Initiierung eines Wachstumsprozesses nach Art eines Entwicklungslandes. Es geht vielmehr um ein kontinuierliches, schrittweises Anpassen der Rahmenbedingungen und der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, um fortdauerndes Wachstum zu ermöglichen (Wörgötter, 2006).<sup>4</sup> Es geht in den nächsten fünf bis zehn Jahren für Österreich darum, seine wirtschaftlichen Strukturen und seine Wirtschaftspolitik für einen dauerhaften Verbleib an der Spitze der produktivsten OECD-Länder auszurichten. Der Wandel vom Aufhol- zum Innovationsregime erfordert dabei eine Reihe unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen (Aghion und Howitt, 2006; Sapir et al., 2004), z. B. im Bereich Hochschulbildung und Wettbewerbspolitik.

### 3.1 Hilft das NRP, Veränderungen und Reformen auszulösen?

Empirisch führen lange Stagnationsphasen bzw. längere Zeiten langsamen Wachstums oder Krisen zu Reformen (IWF, 2004). Für die Bemühungen, eine wachstums- und beschäftigungsfreundliche Wirtschaftspolitik umzusetzen, ist diese Beobachtung aber relativ unbrauchbar: Es ist keine vernünftige Handlungsempfehlung, eine Krise zu produzieren, um Reformen durchzusetzen. Die internationale Diskussion über die Rolle von Krisen in Reformprozessen wird stark von den makroökonomischen Krisen der Schwellenländer inspiriert, die sich in Interventionen des Internationalen Währungsfonds

(IWF), Schulden- und Währungskrisen zeigen. Sie bergen deshalb kaum Vergleichbares oder Nachahmenswertes für die österreichische Situation. Tiefe Rezessionen führen weiters oft zu schlechter Wirtschaftspolitik, da Maßnahmen aus kurzfristiger Notwendigkeit, nicht aus langfristiger Optimalität geschehen und krisengetriebene Reformprogramme sich auf zu enge Aspekte des Wirtschaftsgeschehens konzentrieren (Krueger, 2005).

Leichter wäre es, im Aufschwung zu reformieren, da bei steigenden Steuereinnahmen mehr Spielraum in der Finanzierung von Veränderung besteht: Es ist nicht unbedingt notwendig, einer Gruppe etwas wegzunehmen, um anderen Gruppen mehr zu geben. Es herrscht weniger Unsicherheit, mehr Dynamik und Veränderungsbereitschaft. Da allerdings zu beobachten ist, dass in konjunkturell günstigen Zeiten wenige Veränderungen umgesetzt werden (IWF, 2004; Blanchard, 2006), könnten gerade die NRPs wichtige Instrumente sein, regelmäßige Anpassungen an veränderte Umfeldbedingungen über den Konjunkturzyklus hinaus zu verankern. Die zur Bewertung des Erfolgspotenzials des NRP in Österreich relevante Frage ist daher, ob das NRP dazu beiträgt, die Wirtschaftspolitik umfassend und strategisch auf mittel- bis langfristige Beschäftigungs- und Wachstumspolitik auszurichten und ob das NRP Veränderung gerade in konjunkturell günstigen Zeiten unterstützt.

Das NRP institutionalisiert zwar die jährliche Auseinandersetzung mit Wachstums- und Beschäftigungspolitik und kommt so zumindest auf

<sup>4</sup> Siehe Rodrik (2005) für die unterschiedlichen Anforderungen der „Wachstumszündung“ und der Wachstums-erhaltung.

die politische Agenda. Um aber der Wachstumspolitik in guten Zeiten tatsächlich zu helfen, müsste das NRP genügend starke Signale an die breite Bevölkerung senden, um öffentlichen Druck und Veränderungsbereitschaft zu erzeugen.

Die Klimapolitik befindet sich in einer ähnlichen Situation wie die Lissabon-Agenda. Man weiß, dass einiges nicht passt, aber es liegt keine unmittelbare Krise vor; die politischen Maßnahmen bisher, Ziele und Zeitpläne à la Kyoto haben kaum zu konkreten Schritten geführt. Eine wirkliche Veränderung von Gewohnheiten zeichnet sich erst jetzt durch die stark steigenden Erdöl- bzw. Treibstoffpreise ab. Dies zeigt, dass deutliche (Preis-)Signale, die von der Öffentlichkeit direkt oder über Medien wahrgenommen werden, als Reformauslöser wichtig sind. Auch eine Wirtschaftskrise sendet klare Signale an Politik und Bevölkerung, dass etwas geschehen sollte. Analog muss das NRP starke Signale beinhalten, die von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Ein Weg, solche Signale („Pseudo-Preise“) zu erzeugen, wäre die genaue Bezifferung von Auswirkungen der Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen, nicht nur nach Höhe, sondern auch nach der zeitlichen Wirkung solcher Maßnahmen und nach ihrer möglichen Interdependenz. Dies setzt ein sehr gutes Verständnis und eine möglichst weitgehende Übereinstimmung seitens der Wirtschaftswissenschaften voraus.

Welche Rolle spielt die Kommunikation und die Umsetzung von Reformvorhaben und wie verhält sich

das NRP dazu? Koromzay (2004, S. 4) schreibt aus der langjährigen Erfahrung der OECD mit Reformprozessen, dass „...the timing of reform can surely be influenced – perhaps decisively – by political leadership. Effective communication can crystallize the vague sense that „something is wrong“ into a broad perception for the need for change.“ Tichy (2003, 2005) warnt aber in einem Vergleich von Stimmungsindikatoren zwischen Kontinentaleuropa und Skandinavien vor dem Gebrauch von Krisenrhetorik, um Reformen durchzusetzen, weil sie die Menschen verunsichere und schließlich dadurch Reformen über gesteigerte Risikoscheu noch zusätzlich erschwere. Größere wirtschafts- und sozialpolitische Reformen müssten stets in ein glaubwürdiges Gesamtkonzept eingebettet sein. Munchau (2006b) teilt die Meinung von Tichy; „By embedding economic reforms in a transparent strategy, Sweden avoided the uncertainty emitted as a toxic by-product elsewhere.“<sup>5</sup>

Die Umsetzung und Kommunikation von Veränderungen innerhalb des NRP als breite, transparente Wachstumsstrategie ist somit mit großer Wahrscheinlichkeit positiv für die Verfolgung von Veränderungsvorhaben.

### **3.2 Hilft das NRP, Gruppeninteressen zu überwinden?**

Wenn eine zahlenmäßig relativ kleine Gruppe einen hohen Pro-Kopf-Gewinn aus dem Status quo bezieht, eine zahlenmäßig relativ große Gruppe aber einen kleinen Pro-Kopf-Gewinn aus einer Veränderung des

<sup>5</sup> Siehe dazu Tichy (2003, S. 17): „In Skandinavien dürfte eine gut abgestimmte und glaubwürdige Kombination von Bildungspolitik, Technologiepolitik, Sozialpolitik und maßgeschneiderter Deregulierung die entscheidende Rolle gespielt haben.“



Status quo, so bestehen ganz unterschiedliche Anreize für die politische Verfolgung von Interessen (Olson, 1965): Die kleine Gruppe wird und kann aufgrund ihrer Größe viel energischer und koordinierter um den Status quo ringen als die große Gruppe um die Veränderung. So kann eine Maßnahme, die zwar insgesamt wohlfahrtssteigernd wirken würde, aber für eine kleine, gut organisierte Gruppe zu Verlusten führen würde, am Widerstand dieser Gruppe scheitern. Eine Variante davon ist, dass der Verlust für eine Gruppe sicher ist und zeitlich unmittelbar nach der Maßnahme geschieht, während der Gewinn für die große Allgemeinheit unsicher ist und erst nach Jahren eintritt. Der zu erwartende Gewinn für die große, diffuse Gruppe steht meist kaum in Relation zum Aufwand. Klassische Beispiele sind die freien Berufe in Österreich, aber auch die französischen Agrarinteressen.

Selbstverpflichtungsinstrumente können nun helfen, das Allgemeinwohl gegenüber den Einzelinteressen durchzusetzen. Die Stärke der Selbstverpflichtung lässt sich aus den (politischen) Kosten ableiten, die bei einer Nichtdurchführung entstehen würden. Das wohl stärkste derartige Instrument in der jüngeren österreichischen Wirtschaftsgeschichte war der EU-Beitritt. Um der EU beizutreten, waren zahlreiche Anpassungen, insbesondere auf den Produktmärkten, notwendig. Die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik war sehr stark durch den „Alles- oder Nichts-Charakter“ erhöht – „wir müssen das tun, sonst werden wir nicht aufgenommen“ (Janger, 2005). Für die breite Öffentlichkeit war es deutlich wahrnehmbar, dass die Nichtdurchführung der für den EU-Beitritt notwendigen Maßnahmen

mit hohen Kosten verbunden gewesen wäre.

Das Nationale Reformprogramm steht demgegenüber klar zurück, es kann niemals den gleichen Verpflichtungsgrad erreichen, auch aufgrund der unmittelbar fehlenden, klar sichtbaren Konsequenz (Nichtbeitritt zur EU) bzw. fehlender Kosten bei Nichtdurchführung. Eine mangelnde Durchführung der im NRP festgeschriebenen Reformen würde wohl nur mittelfristig zu einer klar sichtbaren Wirtschaftsabschwächung führen, die in der Bevölkerung kaum in ursächlichen Zusammenhang mit der fehlenden Umsetzung des NRP gebracht werden würde.

Der IWF (2004) beobachtet aber in seiner empirischen Reformstudie über OECD-Länder, dass umfassende Maßnahmenpakete (so wie das NRP) helfen, wirtschaftspolitische Maßnahmen umzusetzen. Sie tragen dazu bei, Veränderung nicht als gegen einzelne Gruppen gerichteten Prozess zu sehen, sondern als breiten Wandel, von dem fast alle betroffen sind und der deshalb leichter zu akzeptieren ist: Verluste durch eine Maßnahme können durch Gewinne aus einer anderen Maßnahme ausgeglichen werden (dies setzt aber die Kenntnis dieser Maßnahmen bzw. des Programms in der Öffentlichkeit voraus!).

Zusammenfassend ist das NRP bezüglich der Überwindungskraft von Partikularinteressen somit als nicht so kraftvoll wie der EU-Beitritt, aber dennoch besser als der Status quo zu betrachten.

### 3.3 Hilft das NRP, Unsicherheit zu überwinden?

Unsicherheit über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Reform (aggregierte Unsicherheit) kann die Umsetzung von Reformen behin-

dern. Selbst wenn auf volkswirtschaftlicher Ebene der Gesamteffekt einer Veränderung mit Sicherheit positiv gesehen wird, kann Unsicherheit über die Auswirkungen einer Reform auf der persönlichen Ebene diese Veränderung verhindern (Fernandez und Rodrik, 1991): Obwohl eine Maßnahme wohlfahrtssteigernd wirken würde, ist es unmöglich, vor Beschluss der Maßnahme Gewinner und Verlierer zu bestimmen.<sup>6</sup> Zu viele könnten daher glauben, zu den Verlierern zu gehören und deshalb Veränderung nicht unterstützen; es kommt zu einem Status-quo-Bias. Dies kann insbesondere für Arbeitsmarkt- oder Sozialsystemreformen zutreffen.

Die nationale und internationale Diskussion und Forschung, auf denen das NRP fußt, könnten sehr wohl aggregierte und auch persönliche Unsicherheit bezüglich einer Maßnahme reduzieren. Internationale Spillovers sind auch nach Meinung des IWF (2004) wichtig – der Erfolg anderer Länder reduziert Unsicherheit. NRPs fördern gerade diesen internationalen Austausch. Österreich als kleines, offenes Land hat zudem naturgemäß die Tendenz, über den Tellerrand zu blicken. Das NRP hat jedenfalls das Potenzial, zu verringerter Unsicherheit beizutragen.

### 3.4 Abfolge wirtschaftspolitischer Maßnahmen

Ist ein partizipativer, gradueller und sequenzieller Reformansatz oder eine schnelle, radikale Reform durch Regierungsvertreter ohne Einbindung der Betroffenen erfolgreicher? Das NRP ist eindeutig ein Beispiel für

Ersteres. Die Frage ist bei näherer Betrachtung leicht zu beantworten. Zunächst stammt die Diskussion über graduelle gegenüber radikaler Reform aus der Begleitung der ehemals kommunistischen Länder in die Marktwirtschaft und ist somit wenig hilfreich für die österreichische Situation. Im Gegenteil, die meisten Reformen in Industrieländern sind graduell (IWF, 2004). Drei Argumente sprechen dafür:

Rein budgetär ist es schwer, alle Veränderungen, insbesondere bei relativ langsamem Wirtschaftswachstum, auf einmal durchzuführen – nicht nur wegen budgetärer Restriktionen. Private Wirtschaftssubjekte brauchen außerdem einen stabilen Rahmen für die Planung ihrer Wirtschaftshandlungen, wie z. B. Investitionen; Erwartungsstabilität ist dabei ein günstiger Faktor für hohe Investitionstätigkeit.

Schnelle Änderungen in komplexen Systemen, wie die in Österreich notwendigen Maßnahmen, um den Abstand zum Effizienzführer zu verringern, z. B. in der Wettbewerbs- oder Ausbildungspolitik, sind durch Regierungsvertreter ohne Einbindung der Betroffenen sehr schwer. Es besteht zudem das Risiko der unbeabsichtigten Konsequenzen. Es ist auch keineswegs klar, was genau zu tun ist, wie dies Jean-Claude Juncker einmal erklärte (The Economist, 2006). Munchau (2006c) kritisiert dies anhand des Arbeitsmarkt-Surveys von Blanchard (2006), der als erwiesen geglaubte Arbeitsmarktmaßnahmen infrage stellt. Auf einer oberflächlichen Ebene dürften die Politikprioritäten tatsächlich klar sein (alle sind

<sup>6</sup> Eine Strategie zur Verteidigung enger Gruppeninteressen besteht oft darin, die Konsequenzen einer Veränderung auf aggregierter Ebene unsicher erscheinen zu lassen, weil sich die Mitglieder dieser Gruppe auf persönlicher Ebene über die Nachteile dieser Maßnahme sicher sind (Annett et al., 2004).

für mehr Bildung und Forschung), aber auf der Detailebene kann es viele ungelöste Probleme geben.<sup>7</sup>

Ein letztes Argument betrifft die Dauerhaftigkeit von Veränderung: Bei einem Regierungswechsel macht eine vorherige Involvierung die Rücknahme von Wachstumspolitik unwahrscheinlich (Rodrik, 1996; Castanheira et al., 2004). Das österreichische Verhältniswahlrecht, das selten zu absoluten Mehrheiten führt, dürfte des Weiteren schnelle Reform seitens der Regierung unwahrscheinlich machen. Auch die Berücksichtigung der Sozialpartner muss keineswegs zu Reformblockaden führen, diese orientierten sich in Österreich schon immer überwiegend am Gesamtwohl und weniger an der Verteidigung enger Gruppeninteressen. Die Sozialpartner können den NRP-Prozess zusätzlich durch die Veröffentlichung eigener Konzepte unterstützen.

Insgesamt scheint die Struktur des NRP als breit involvierender, gradueller Ansatz somit die Umsetzung von Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu begünstigen.

#### **4 Schlussfolgerung: Bedingungen für die Effektivität des NRP**

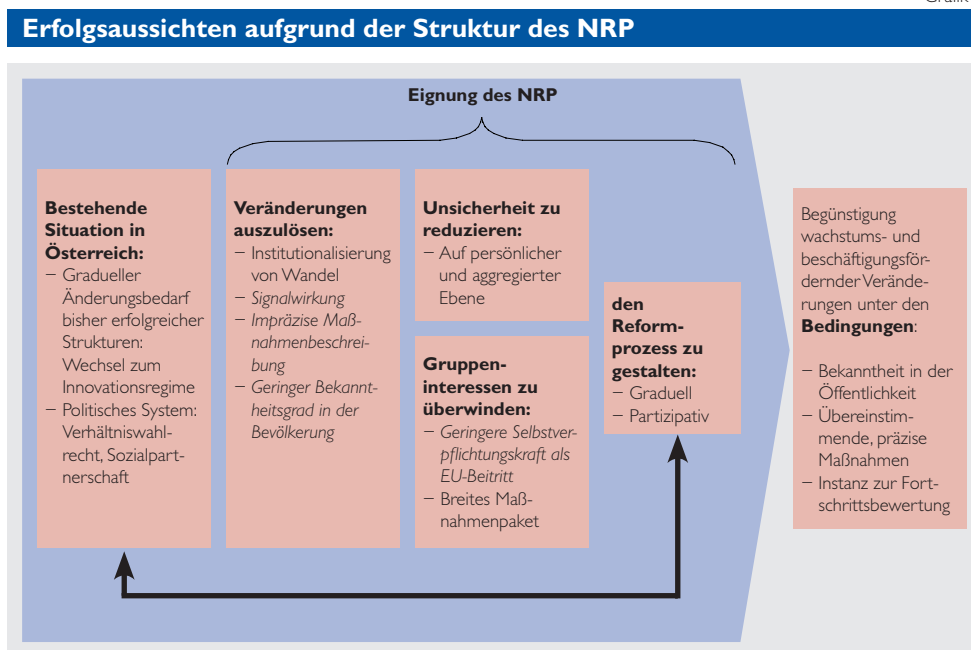
Wird das NRP in Österreich erfolgreich sein? Das NRP hat einige Pluspunkte, die für seinen Erfolg sprechen. Es hat jedoch drei wesentliche Schwachstellen: Es verfügt nicht über die gleiche Selbstverpflichtungskraft, wie z. B. die Aussicht auf den EU-Beitritt, es sendet keine starken

„Preissignale“ aus, und es ist in der Bevölkerung weitgehend unbekannt. Es kann daher nur unter folgenden Bedingungen mehr als ein zusätzlicher Bericht werden und das Schicksal des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung vermeiden:

Zunächst ist ein klares Verständnis darüber nötig, i) welche Politikmaßnahmen Wachstum und Beschäftigung fördern, ii) wie genau sie sich auf Wachstum und Beschäftigung auswirken (welchen Umfang, welche Zeitverzögerung). Dies sollte für klare Signale sorgen. Die Wirtschaftswissenschaft in Österreich ist gefordert, die entsprechenden analytischen Grundlagen zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist das im Entstehen begriffene WIFO-Weißbuch zu begrüßen. Das NRP muss natürlich neuen Erkenntnissen angepasst werden.

Um die Verpflichtungskraft zu stärken, muss das NRP viel mehr als bisher in das öffentliche Bewusstsein vordringen. Die Vorstellung und kurze Diskussion des NRP im Parlament wurde medial kaum wahrgenommen. „Public“ statt „peer pressure“ (Tabellini und Wyplosz, 2004) verlangt nach ausführlicherer Diskussion in den nationalen Parlamenten, in den Medien, bei den Sozialpartnern etc. Das NRP muss aktiv kommuniziert werden. Dies wird jedoch höchstens bei erfolgreicher Umsetzung der Fall sein, da sich Regierungen wohl kaum selbst kritisieren werden. Bei aller Betonung der Umsetzung auf nationaler Ebene wäre deshalb eine regierungsunabhängige

<sup>7</sup> Siehe dazu Rodrik (2005, S. 1), der zwei Zitate Arnold Harbergers aus den Jahren 1985 und 2003 zur Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern kontrastiert: 1985: „Countries that have run their economies following the policy tenets of the professionals have on the whole reaped good fruit from the effort; likewise, those that have flown in the face of these tenets have had to pay the price.“ 2003: „When you get right down to business, there aren't too many policies that we can say with certainty deeply and positively affect growth.“



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Kursiv = Hinweis auf strukturelle Mängel des NRP.

Instanz mit dem offiziellen Auftrag einer auf nationale Prioritäten eingehenden Fortschrittsbewertung und -kommunikation wohl hilfreich, z. B. in der Form einer Rückkehr zum Vergleich der Länderfortschritte auf europäischer Ebene, die seit 2004 fallen gelassen wurden. Es muss sich aber nicht zwingend um die Europäische Kommission handeln, auch z. B. Forschungsinstitute könnten diese Aufgabe übernehmen.<sup>8</sup> Ein fairer Vergleich setzt aber eine standardisierte Methodologie zur Analyse der jeweiligen Stärken und Schwächen sowie zur Ableitung von Prioritäten aus diesen Schwächen voraus (Pisani-Ferry und Sapir, 2006).

Das NRP hätte grundsätzlich das Potenzial, mehr als ein Bericht zu

werden. Dies hängt aber von einigen Verbesserungen ab. Wenn diese nicht eintreten, ist ein Erfolg der NRPs anzuzweifeln.<sup>9</sup> Erfolg ist dabei immer relativ zum Inhalt des österreichischen NRP zu sehen, der sicher noch ergänzt werden kann. Kapitel 2 dieser Studie brachte Ideen aus anderen NRPs. Auch das WIFO-Weißbuch sollte nach Möglichkeit in das NRP integriert werden. Weiters befinden sich im österreichischen NRP fast keine numerischen Ziele, an deren Erreichen das Gelingen des Programms nachvollziehbar wäre; so findet sich z. B. die „Top 3-Strategie“ (Platzierung Österreichs unter den Top 3 bei den europäischen Strukturindikatoren), die noch prominent im Cardiff-Bericht (Bundeskanzleramt,

<sup>8</sup> Siehe dazu für die europäische Ebene Annett et al. (2004, S. 67): „Given the absence of an external enforcer under the open method of coordination, incentives must be put in place to promote self-enforcement, which will be facilitated by building consensus over a core body of reforms and making peer pressure more effective.“

<sup>9</sup> Wahrscheinlich ist dann nur eine Verbesserung der interministeriellen Koordination, nachdem Wachstum und Beschäftigung oft bereichsübergreifende Themen sind.

2004) aufschien, im NRP nicht wieder.

Es ist letzten Endes vom politischen Willen abhängig, ob das NRP zur Institutionalisierung des Wandels beitragen kann und ob das NRP zu einem mittelfristigen, glaubwürdigen und transparenten Wachstumskonzept im Sinn von Aiginger (2004), Gnan et al. (2004) sowie Tichy (2003)

werden wird. Die europäische Ebene kann diesen Prozess positiv unterstützen. Aber auch ohne die europäische Dimension, unabhängig von der Lissabon-Agenda, wäre die Verfolgung und Umsetzung eines mittelfristigen, gelebten Beschäftigungs- und Wachstumskonzepts begrüßenswert.

## Literaturverzeichnis

- Aghion, P. und P. Howitt. 2006.** A Unifying Framework for Growth Policy. In: Journal of the European Economic Association. Papers and Proceedings of the 20th Annual Congress of the European Economic Association. Im Erscheinen.
- Aiginger, K. 2004.** Wirtschaftswachstum: Grundvoraussetzung für Wohlfahrtszuwachs, Spielräume zur Anhebung des Wachstumspfades. In: WISO 27(3). 35–58.
- Annett, A., X. Debrun, M. Estevão, H. Faruqee und J.-J. Hallaert. 2004.** Euro Area. Selected Policy Issues. Country Report 04/235. IWF.
- Blanchard, O. 2006.** European Unemployment. In: Economic Policy. Jänner. 5–59.
- Bundeskanzleramt. 2004.** Structural Reforms on the Product and Capital Markets in Austria (Cardiff-Bericht). Seventh National Progress Report as Specified in the Conclusions of the Cardiff European Council of June 1998.
- BWB – Bundeswettbewerbsbehörde. 2005.** Tätigkeitsbericht.
- Castanheira, M., V. Galasso, S. Carcillo, G. Nicoletti, E. Perotti, L. Tsyganok. 2004.** How to Gain Political Support for Reforms? Report Presented at the Conference „Structural Reforms without Prejudices“. Fondazione Rodolfo de Benedetti.
- Clementi, D. 2004.** Review of the Regulatory Framework for Legal Services in England and Wales. Final Report.
- Europäische Kommission. 2005a.** Commission Staff Working Paper: Working Together for Growth and Jobs. Next Steps in Implementing the Revised Lisbon Strategy. SEC(2005)622/2.
- Europäische Kommission. 2005b.** First Overview of the National Reform Programmes as of 1st November 2005. Note for the Attention of the Economic Policy Committee.
- Europäische Kommission. 2005c.** Commission Staff Working Paper SEC(2005)419. Progress Towards the Lisbon Objectives in Education and Training. 2005 Report.
- Europäische Kommission. 2005d.** Gemeinsamer Beschäftigungsbericht 2005/2006.
- Europäische Kommission. 2006.** Time to Move Up A Gear: The European Commission's 2006 Annual Progress Report on Growth and Jobs.
- Farre-Capdevila, V. 2006.** More Growth and Jobs in Europe through an Improved „Lisbon-Governance“? In: Proceedings of OeNB Workshops 10. Strategies for Growth and Employment in Austria. Im Erscheinen.
- Fernandez, R. und D. Rodrik. 1991.** Resistance to Reform: Status Quo Bias in the Presence of Individual-Specific Uncertainty. In: The American Economic Review 81(5). Dezember. 1146–1155.
- Gelauff, G. M. M. und A. M. Lejour. 2006.** The New Lisbon Strategy. An Estimation of the Economic Impact of Reaching Five Lisbon Targets. Industrial Policy and Economic Reforms Papers 1. Enterprise and Industry Directorate-General. Europäische Kommission.
- Gershon, P. 2004.** Gershon Review: Releasing Resources for the Frontline: Independent Review of Public Sector Efficiency. Her Majesty's Stationery Office.
- Gnan, E., J. Janger und J. Scharler. 2004.** Ursachen des langfristigen Wachstums in Österreich – Plädoyer für eine nationale Wachstumsstrategie. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q1/04. OeNB. 25–49.
- IWF. 2004.** Fostering Structural Reforms in Industrial Countries. In: World Economic Outlook. 103–146.
- Janger, J. 2005.** Sektorale Regulierung in Österreich vor und nach dem EU-Beitritt am Beispiel der Netzwerkindustrien. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q2/05. OeNB. 192–210.

- Kohler, W. 2006.** The „Lisbon Goal“ of the EU: Rhetoric or Substance? In: Journal of Competition, Industry and Trade. Im Erscheinen.
- Kok, W. 2004.** Die Herausforderung annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von W. Kok. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Koromzay, V. 2004.** Some Reflections on the Political Economy of Reform. Conference on Economic Reforms for Europe. Slowakische Republik.
- Krueger, A. 2005.** Shared Experience: What Reforming Economies Have in Common. Remarks at a Public Lecture of the National Council of Applied Economic Research. Delhi.
- Mariusz, J. R. und J. C. A. Bates (Hrsg.). 2006.** National Reform Programs. Key to Successful Future of the European Project? Gdańsk Institute for Market Economics.
- Munchau, W. 2006a.** Why European Labour Reforms Are Not Working. Financial Times. 12. Februar. S. 13.
- Munchau, W. 2006b.** Swedes Show a Dour Europe the Way to Reform. Financial Times. 3. April.
- Munchau, W. 2006c.** Discussion. In: Blanchard, O. European Unemployment. In: Economic Policy. Jänner. 51–53.
- Nationale Reformprogramme:**  
[http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/nrp\\_2005\\_en.pdf](http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/nrp_2005_en.pdf)
- Ochel, W. 2004.** Learning from Abroad: Chances and Limitations of Transferring Institutions. In: CESifo DICE Report 4. 44–53.
- Olson, M. 1965.** The Logic of Collective Action. Harvard University Press.
- Pisani-Ferry, J. und A. Sapir. 2006.** Last Exit to Lisbon. Bruegel Policy Brief Issue 2006/02. März.
- Rodrik, D. 1996.** Understanding Economic Policy Reform. In: The Journal of Economic Literature 34(1). März. 9–41.
- Rodrik, D. 2005.** Growth Strategies. In: Aghion, P. und S. Durlauf. Handbook of Economic Growth. Elsevier.
- Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR). 2005.** IKT-Masterplan Endbericht. Wien.
- Sapir, A., P. Aghion, G. Bertola, M. Hellwig, J. Pisani-Ferry, D. Rosati, J. Viñals und H. Wallace. 2004.** An Agenda for a Growing Europe: The Sapir Report. Oxford University Press.
- Tabellini, G. und C. Wyplosz. 2004.** Supply-Side Policy Coordination in the European Union. Rapport 51 Conseil d'Analyse Economique. Paris: La Documentation Française.
- The Economist. 2006.** Reform or Die. 26. Jänner. S. 38.
- Tichy, G. 2003.** Die Risikogesellschaft – ein vernachlässigtes Konzept in der europäischen Stagnationsdiskussion. ITA Manuskripte 03-02.
- Tichy, G. 2005.** Die „Neue Unsicherheit“ als Ursache der europäischen Wachstumsschwäche. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 6(3). August. 385–407.
- Williamson, J. (Ed.). 1994.** The Political Economy of Policy Reform. Institute for International Economics.
- Wörgötter, A. 2006.** OECD-Empfehlungen für mehr Wachstum und Beschäftigung. In: OeNB Workshop-Proceedings 10. Im Erscheinen.